

Deutliches Zeichen für Frieden und kommunale Finanzierung statt Hochrüstung

Fraktion: dieBasis, fraktionslos

Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Beratungsfolge:

- Datum: 25.06.2026
 - Gremium: Stadtverordnetenversammlung Beschluss
 - Antragstellerin: Michaela Kundermann, dieBasis, Thalgauer Str. 38, Neu-Anspach
-

Sehr geehrter Herr Bellino,

bitte setzen Sie diesen Beschlussvorschlag mit der ausführlichen Begründung auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass Neu-Anspach in Verantwortung für das Wohl der Bürger, den kommunalen Haushalt und als Ermahnung an die Friedensgebote unserer Verträge (GG, EU-Vertrag, 2+4-Vertrag) ein Zeichen des Friedens setzt.

Dazu wird den Bürgern vorgeschlagen, Neu-Anspach zu einer „Stadt des Friedens“ oder „Friedensstadt“ zu erklären, die keinen Beitrag zu den derzeitigen Kriegsvorbereitungen leistet und stattdessen Bestrebungen fördert, die dem Frieden dienen.

Eine Online Bürgerbefragung wird eingerichtet, um die Bürger zu informieren und deren Meinung zu erfahren. Die Beteiligung muss dabei nicht repräsentativ sein. In ca. 9 Monaten kann der Prozess mit einem Maßnahmenkatalog abgeschlossen sein.

Kommunaler Kontext des Vorschlags:

Als Kommune haben wir keinen Einfluss auf die Entscheidungen des Bundestages und der Bundesregierung. Aber die Maßnahmen der Bundespolitik beeinflussen die Handlungsspielräume einer Kommune. Als Gemeinde, die laut hessischer HGO die Grundlage des demokratischen Staates ist, in dem die Graswurzeln der Demokratie ausgesät werden, ist es unsere Aufgabe, für das Wohlergehen unserer Bevölkerung einzustehen. Das bedeutet, ein klares Zeichen für Friedens- und reine Verteidigungspolitik statt kriegstüchtige Aufrüstung nach Berlin zu senden. Denn diese **Hochrüstung vermindert Bundes-Zuschüsse für klamme Kommunen**, die immer wieder Beschlüsse aus Berlin und Wiesbaden unter Verletzung des Konnexitätsprinzips umsetzen und finanzieren müssen.

Daher finden wir von der dieBasis es angebracht, dass eine Kommune nicht wegschaut und sich hinter Zuständigkeiten versteckt, sondern innerhalb ihrer Möglichkeiten verantwortungsvoll Stellung zu bundesweiten Maßnahmen bezieht, die kommunale Finanzen und das Wohl der Bürger beeinträchtigen.

Dazu laden wir auch andere Kommunen in Hessen ein.

Während die Bundespolitik und die NATO fahrlässig und mit hohen Kosten auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland hinarbeiten, anstatt gemäß dem Grundgesetz (Präambel), dem Lissabonner Vertrag (Art. 2) und dem 2+4-Vertrag (Art. 2) dem Frieden in der Welt und seiner Bevölkerung zu dienen, kann Neu-Anspach ein deutliches Symbol des Friedens ohne Militärgewalt setzen.

Hintergrundinformationen und Begründung:

Warum halten wir die aktuelle Rüstungspolitik in Berlin für kommunal fatal?

1. **Völkerrechtswidrige Kriege sind Unrecht** - wie z.B. der Angriff von Russland auf die Ukraine, der innere Krieg der Ukraine gegen die russische Bevölkerung der Ostrepubliken seit 2014, sowie die Angriffe Israels auf den Libanon, die Zerstörung von Gaza und der Angriff der USA/Israels auf den Iran. Dieses **Unrecht kann nicht durch noch mehr Krieg, Leid, Tod, Zerstörung und Unrecht beseitigt werden**, sondern nur durch friedenswillige Diplomatie.

2. Es gibt **keinerlei belastbare Evidenzen für eine militärische Bedrohung Deutschlands** durch Russland – selbst der US-Geheimdienst kann sie nicht erkennen. Die Bedrohung ist ein unbelegtes Narrativ, um Unsummen in Rüstung, inklusive Angriffswaffen zu rechtfertigen. Dabei ist die NATO bereits jetzt Russland in allen Waffengattungen und personell vielfach überlegen.

Die von Verteidigungsminister Pistorius verlangte Kriegstüchtigkeit statt Verteidigungsbereitschaft ist ein Kampfbegriff aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Ersten Weltkrieges. Er hat damit eine Eskalation eingeleitet, die Deutschland potentiell wieder in einen Krieg hineinziehen kann.

Eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ist dagegen sinnvoll. Sie sollte aber strikt nur mit diesem Ziel ausgebaut werden.

3. Das Angebot für eine **europäische Sicherheitsarchitektur**, welches Putin bei seiner Rede im Bundestag am 25.09.2001 machte, hatte ein neues Fenster für Frieden in Europa geöffnet – wurde jedoch vom Westen ignoriert. Durch die NATO-Osterweiterung und die Unwilligkeit, Russland Sicherheitsgarantien zu geben, hat der Westen leider den russischen Angriff mit provoziert. Er hat trotz Rückzugs-Angeboten von Präsident Putin den Krieg in Kauf genommen. **Der Westen hat verhindert, dass der Ukrainekrieg durch das Friedensabkommen von Istanbul (April 2021) schnell beendet wurde** und die Ukraine zur Weiterführung des Krieges aufgefordert. Die dem Frieden und der Freiheit verpflichteten Werte des „Westens“ können nicht Grund für die Weiterführung dieses Krieges sein. Bei echtem Interesse am Frieden hätte man die Chancen des unterschriftsreifen Vertrags von Istanbul genutzt. Wenn so offensichtlich Politik vorbei am Wohl der Menschen gemacht wird, kann man nur die üblichen Interessen vermuten wie das lukrative Geschäft mit dem Krieg.

Die Soldaten, die auf beiden Seiten in den Schützengräben ihre Gesundheit und ihr Leben lassen, werden dafür sinnlos geopfert. Wollen wir in Neu-Anspach diese Interessen unterstützen, oder den Frieden und das Wohl der Menschen auf beiden Seiten?

4. Die **Doktrin der Abschreckung** nimmt inzwischen groteske Ausmaße an. Rüstung macht unser Land nicht sicherer, sondern unsicherer. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Atomsprengköpfen sowie die US-Basen machen uns zur ersten Zielscheibe in Europa. Die Lieferung von Langstreckenwaffen an die Ukraine haben nichts mehr mit Verteidigung zu tun. Wie jüngst im Iran gesehen, kann Aufrüstung, die nicht nur der Selbstverteidigung dient, auch zum Präventivschlag eines Gegners führen. Die Mahnungen von Berthold Brecht im Jahr 1951 sind immer noch aktuell: „*Wenn wir zum Krieg rüsten, werden wir Krieg haben.*“

5. Die **Aufhebung der Schuldenbremse für ungebremste Rüstungsausgaben und die nachfolgende Zinslast überschulden den Bundeshaushalt** auf viele Jahre.

Für die schon jetzt überschuldeten Kommunen wird dann immer weniger Geld zur Verfügung stehen. Gelder für Rüstung sind keine gewinnbringenden Investitionen, sondern im wahrsten Sinne des Wortes „Verpulverung“ von Steuergeldern.

Auch die den Kommunen versprochenen Gelder für Infrastruktur aus den 100 Mrd.

Sonderschulden sind keine Lösung, weil sie Inflation begünstigen und das Problem in die Zukunft verschieben. So ist die derzeitige **Schuldenpolitik aufgrund eines**

Bedrohungsphantoms eine Hypothek für die nachfolgenden Generationen. Sie verschuldet Kinder, die nicht einmal geboren sind.

Als Kommune haben wir aber die Aufgabe, auch die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen schützen.

Die NATO-Mitgliedstaaten haben sich darüber hinaus auf ihrem Gipfel in Den Haag im Juni 2025 darauf geeinigt, **ab dem Jahr 2035 jedes Jahr mindestens 5 % ihres jeweiligen**

Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung und Sicherheit aufzuwenden.

Das entspräche etwa 225 Milliarden Euro pro Jahr – rund 45% des gesamten Bundeshaushalts.

Diese Kosten sind finanzieller Irrsinn und mit einer Verteidigungsbereitschaft nicht mehr zu rechtfertigen.

6. Die in Deutschland immer wieder befeuerte **einseitige Feindseligkeit gegenüber Russland**

macht es von Tag zu Tag schwieriger, dass Deutschland und Europa ihre Friedensgebote am Verhandlungstisch auf Augenhöhe mit Russland ausüben können. Dabei wird über die massive Korruption, die Missachtung der Menschenrechte, die tausendfach tödliche Verfolgung russischstämmiger Menschen in den Ostrepubliken seit 2014 und die Kriegsverbrechen auch auf Seiten der Ukraine stillschweigend hinweggesehen.

In fehlender Friedensbereitschaft und Feindseligkeit hat sich der Westen so festgebissen, dass er den aktuellen teuren, sinnlosen Stellungskrieg in Kauf nimmt, der die Biographien unzähliger junger Menschen zerstört durch Tod und Verkrüppelung. Dazu nochmals Berthold Brecht:

“Wenn sie nicht miteinander sprechen, werden sie aufeinander schießen.“

7. Wir haben in unserem Land, das sich nach zwei Angriffs-Weltkriegen ursprünglich dem Frieden verpflichtet hat, einen **gefährlichen Meinungsumschwung von**

Verteidigungsbereitschaft zu aggressiven militärischen Aktionen.

Den Bürgern wird die Aufrüstung als Verteidigungsbereitschaft, Abschreckung und Sicherheitsmaßnahmen verkauft, damit wir besorgt zustimmen. Im Stillen aber handeln maßgebliche europäische Militärs und Politiker entsprechend einem fatalen Großmachtstraum, „Russland in die Knie zu zwingen“ – ein Land, das sich durch 11 Zeitzonen erstreckt! Danach wäre von Europa nicht mehr viel übrig.

Bundeskanzler Friedrich Merz ist inzwischen zu einem Sicherheitsrisiko geworden:

Er hat keine Angst vor einem Atomkrieg und hat kürzlich einen für Deutschland und die EU-Staaten verantwortungslosen Vorschlag gemacht: Er sprach sich für eine assoziierte Mitgliedschaft der Ukraine in der EU aus. Das würde jedoch auch die Beistandsklausel einbeziehen, die beim Angriff auf ein EU-Land zum militärischen Beistand verpflichtet.

Eine Umsetzung dieser Idee würde Deutschland direkt in einen heißen Krieg mit Russland hineinziehen.

Kürzlich sagte Merz bei einer Rede bei der „Stiftung für Familienunternehmen und Politik“ diesen erschreckenden Satz: *„Eine wohlhabende Gesellschaft zu verändern ist viel schwieriger, als ein Land nach Krieg und Zerstörung wieder aufzubauen.“*

Sigmar Gabriel, der seit Mai 2025 im Rheinmetall-Aufsichtsrat sitzt, sagte nicht weniger fahrlässig in FOCUS online: „Es braucht das klare Signal an Putin: Stopp diesen Krieg oder wir tragen ihn zu dir.“

Der deutsche Luftwaffengeneral Holger Neumann hat kürzlich im britischen The Telegraph Russland „verheerende Luftangriffe“ angedroht und die Ziele benannt: Die Exklave Kaliningrad, die Kola-Halbinsel, wo die russischen Atomwaffen lagern, St. Petersburg mit seinen Marine-Einheiten und die Schwarzmeerflotte. Die Luftwaffe, so ihr oberster Befehlshaber, müsse auf „Siegfähigkeit“ ausgebaut werden.

8. „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein“ (Willy Brandt). Diplomatische friedensstüchtige, präventive Friedenspolitik ist kostengünstig und dient dem Wohl der Menschen in allen Staaten Europas. Sicherheit entsteht nicht durch Rüstung, sondern durch Dialog, Diplomatie und den politischen Willen, Konflikte zu lösen, bevor sie eskalieren.

Für die Kommunen bedeutet es das Wohlergehen ihrer Bürger und mehr finanzielle Ressourcen für ihre Aufgaben.

Kommunal haben wir zwar keinen Einfluss auf die Entscheidungen in Berlin. Wir müssen aber in Verantwortung für die Menschen und die Finanzen in unserer Kommune eine fahrlässige Kriegspolitik und weitgehende Kriegsvorbereitungen nicht stillschweigend hinnehmen.

Wir können wenigstens unseren kommunalen Einflussbereich symbolisch zu einer „Stadt des Friedens“ oder „Friedensstadt“ erklären und dazu lokale Maßnahmen ergreifen, wie beispielsweise diese:

Praktische Umsetzungsmöglichkeiten für Neu-Anspach als „Friedensstadt“, die in einer Online-Bürgerumfrage abgefragt werden können:

1. Die Bürger von Neu-Anspach werden über einen Sonderbereich des städtischen Internetauftritts ausgewogen informiert über Aufrüstung und militärische Vorbereitungen – aber auch über Friedensbemühungen, damit sie sich eine eigene Meinung bilden können. Anträge für recherchierte und belegte Info-Postings zum Thema kann jeder Bürger von Neu-Anspach stellen.
2. Die Ortseingangsschilder werden mit dem Zusatz „Stadt des Friedens“ oder „Friedens-Stadt“ versehen. Kostenfaktor je nach Ausführung geschätzt: 4000 €
3. In den Schulen wird es nicht erlaubt, dass die Bundeswehr Werbeveranstaltungen durchführt.
4. In den Schulen und in der Erwachsenenbildung werden Workshops zur „Gewaltfreien Kommunikation“ angeboten.
5. Neu-Anspach beteiligt sich nicht am Operationsplan Deutschland mit der Militarisierung des Gesundheitswesens, der Unternehmen und anderer Strukturen.
6. Neu-Anspach kann eine Städtepartnerschaft mit einer russischen oder ukrainischen Stadt anstreben.

Neu Anspach, 18.06.2026

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kundermann